

Niederschrift

aufgenommen am Montag, den 03. Juni 2024, um 19 Uhr 00 im Gebäude „Die Quelle“ Sauerbrunn, 7202 Bad Sauerbrunn, Schulstraße 14, stattfindenden 9. Sitzung des Gemeinderates Bad Sauerbrunn.

Anwesende:

1. Bürgermeister Hutter Gerhard
2. Vizebürgermeister Ing. August Gruber
3. Frau Gemeindevorstand Monika Payer
4. Frau Gemeinderat Delan Hutter
5. Frau Gemeinderat Betina Balla
6. Gemeindevorstand Ing. Gerhard Keiblinger
7. Gemeinderat Joakim Schweiger-Ortiz
8. Gemeinderat Otmar Florian
9. Gemeinderat Florian Schöntag

10. Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss
11. Gemeinderat Wolfgang Großegger
12. Gemeindevorstand Stefan Neubauer
13. Gemeindevorstand Ralph Rösener
14. Frau Gemeinderat Karin Walk

15. Gemeindevorstand Herbert Hanzl
16. Frau Gemeinderat Manuela Etzelstorfer
17. Gemeinderat Mag. Christoph Gausch

18. Frau Gemeinderat Dr. Erika Spitzer-Garner
19. Frau Gemeinderat Mag. Daniela Krammer

20. Gemeinderat Mst. Willhelm Rothschof

21. Gemeinderat Johannes Diebler

Des Weiteren anwesend:

Schriftführer Harald Seedoch
Frau Ersatzgemeinderat Elisabeth Großegger
Frau Ersatzgemeinderat Sabine Lindauer

Entschuldigt ferngeblieben ist/sind:

Ersatzgemeinderat Joachim Etzelstorfer
Ersatzgemeinderat Andreas Lehner
Ersatzgemeinderat Marco Szodl
Frau Ersatzgemeinderat Caroline Steiner

Der Bürgermeister begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates, den Gemeindebediensteten und stellt fest, dass die Sitzung einberufen wurde, die Einladung zur Sitzung mit der Bekanntgabe der Tagesordnung an alle Gemeinderatsmitglieder schriftlich und rechtzeitig erfolgte, die Beschlussfähigkeit gegeben ist, nachdem 21 Gemeinderatsmitglieder anwesend sind, und die öffentliche Kundmachung an der Amtstafel erfolgt ist.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass gemäß § 45 Abs. 5 Bgld GemO 2003 die Verhandlungsschrift über die letzte Gemeinderatssitzung am 18. März 2024 für die Mitglieder des Gemeinderates zur Einsichtnahme aufgelegt war und verweist auf das Einwendungsrecht.

Einwendungen wurden erhoben von Frau Mag. Rita Heiss. Diese werden dem Protokoll beigelegt. Die Verhandlungsschrift vom 18. März 2024 wird genehmigt.

Beglaubiger:

**Gemeinderat Mag. Christoph Gausch
Gemeindevorstand Ing. Gerhard Keiblinger**

Der Bürgermeister gibt folgende Tagesordnung bekannt:

Tagesordnung:

- 1. Verteilung des Zweckzuschusses zur Gebührenbremse an die Abgabenschuldner**
- 2. Bericht des Prüfungsausschusses**
- 3. Prüfbericht betreffend Kassenprüfung der Gemeinde Bad Sauerbrunn**
- 4. Gemeindevoranschlag 2024 – Schreiben der Aufsichtsbehörde**
- 5. Grenzberichtigungsvertrag – Grundstück 7202 Bad Sauerbrunn, Schulstraße 1 zu Nachbargrundstück, 7202 Bad Sauerbrunn, Schulstraße 3**
- 6. Zubau Mittelschule Neudörfel – Schulerhaltungsbeitrag**
- 7. Antrag der Gemeinderatspartei Die Grünen gemäß § 38 Abs 4 Burgenländische Gemeindeordnung 2003 – Redimensionierung der Asfinag Ausbaupläne für die S4, Abschnitt Knoten Mattersburg-Anschlussstelle Wr. Neustadt**
- 8. Antrag der Gemeinderatspartei MFG-Ortsgruppe Bad Sauerbrunn gemäß § 38 Abs 4 Burgenländische Gemeindeordnung 2003 – Sicherheitsausbau der S4 durch die Asfinag**
- 9. Allfälliges**

1. Verteilung des Zweckzuschusses zur Gebührenbremse an die Abgabenschuldner

Bürgermeister Gerhard Hutter ersucht Mag. Harald Seedoch um Berichterstattung

Bericht Mag. Harald Seedoch über die Verteilung des Zweckzuschusses an die Abgabenschuldner

2 Möglichkeiten in Bad Sauerbrunn:

1.) Über die Abgabe der Kanalbenutzungsgebühr an den Abgabenschuldner durch den prozentuellen Anteil des Abgabenschuldners an der budgetierten Summen (630.000,- Euro. Diesen prozentuelle Anteil erhält dann der Abgabenschuldner von den 37.863,-- Euro. Beispiel: bei einer jährlichen Kanalbenutzungsgebühr von rund 850,-- Euro brutto liegt dies bei rund 45 bis 50 Euro Zuschuss.

oder

2.) Müllbeseitigung: Hier erfolgt die Abrechnung pro Hauptwohnsitz

Gemeindevorstand Stefan Neubauer stellt fest, dass es sich hier um einen Zuschuss des Bundes handelt.

Die Gemeinderatsparteien MFG und ÖVP waren dagegen, dass die Kanalbenutzungsgebühr dermaßen erhöht wird, die Erhöhung sollte nur minimal bzw. wenig erhöht werden.

Der Zweckzuschuss wäre dann in das Budget eingeflossen.

Gemeinderat Otmar Florian wendet ein, dass Zurückzahlungen von Zuschüssen in Österreich normal seien.

Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss bringt vor, dass die Kosten der Rückzahlung nicht über die Fördergelder erfolgen soll. Es ist ein Programm notwendig um die Rückzahlung abzuwickeln (Kosten 1.405,-- Euro). Dies hätten wir einsparen können, wir arbeiten nämlich mit Steuergelder.

Bürgermeister Gerhard Hutter erwidert, dass über 1.405,-- Euro nicht gesprochen wurde. Die Erhöhung wurde im Vorjahr durchgeführt. Keiner wusste welche Summe wir erhalten.

Auf Frage des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat wünscht keine weitere Beratung

Der Bürgermeister stellt den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen:

Der gemäß Bundesgesetz über einen Zuschuss an die Länder zur Finanzierung einer Gebührenbremse BGBl. I Nr. 122/2023 gewährten Zuschuss im Gebührenhaushalt Kanalbenutzungsgebühr zu verwenden.

Der Zweckzuschuss soll den Gebührenschuldner zum Stichtag 15. Februar 2024 in Form einer Gutschrift gemäß der von der Landesregierung am 23.01.2024 beschlossenen Richtlinien gewährt werden.

Beschluss: Der vorstehende Antrag, welcher einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird einstimmig zum Beschluss erhoben. Die Abstimmung erfolgt mit einem Handzeichen.

2. Bericht des Prüfungsausschusses

Bürgermeister Gerhard Hutter ersucht Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss um Berichterstattung

Bericht Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss

Auf Frage des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat wünscht keine weitere Beratung

Der Bürgermeister stellt den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Berichte des Prüfungsausschusses vom 22.04.2024 und 08.05.2024 werden vom Gemeinderat Bad Sauerbrunn zur Kenntnis genommen.

Beschluss: Der vorstehende Antrag, welcher einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird einstimmig zum Beschluss erhoben. Die Abstimmung erfolgt mit einem Handzeichen.

3. Prüfbericht betreffend Kassenprüfung der Gemeinde Bad Sauerbrunn

Bürgermeister Gerhard Hutter : Der Bericht der Aufsichtsbehörde betreffend der Gebarungsprüfung März 2023 ist den Mitgliedern des Gemeinderates übermittelt worden.

Amtsleiter Mag. Harald Seedoch fasst den Bericht zusammen.

Gemeindevorstand Stefan Neubauer bringt vor, dass nun die Schulden von 12 Millionen, wie von der ÖVP gesagt, wir nun schriftlich haben. Der Budgetbeschluss kann sich nicht ausgehen, dies sieht man schon nach drei Monaten. Das Budget sollte überarbeitet werden. Auf Grund der offenen Rechnungen und dem Stand des Kassenkredites kann es sich nicht ausgehen.

Die Schulden von Vorarlberg betragen 120 Euro pro Kopf, im Burgenland 307 Euro pro Kopf und in Bad Sauerbrunn 5.000 Euro pro Kopf.

Der Bürgermeister von Wiesen wird schlechtgemacht, obwohl bezahlt wird und wir bezahlen seit Jahren nicht an Neudörf. Die Fraktionen sollten sich zusammensetzen und das Schiff wieder klarmachen, aber es kann nur ohne LIBS gehen.

Bürgermeister Gerhard Hutter erwidert, dass die Gemeinde abhängig ist von öffentlichen Geldern, es wird vorfinanziert. Die Nachbargemeinden müssen manchmal ermahnt werden. Die Prüfung des Landes ist ein Anliegen. Die Fa. BDO war involviert. Die finanzielle Situation ist passiert, ist aber nicht willkürlich erfolgt, Energie wurde teuer, Zinsen sind gestiegen und Gehälter. Wir halten uns an die Vorgaben der BDO. Die Bepflanzungen werden selbst gezüchtet. In vielen Bereichen wird der Sparstift angesetzt. Ein Zwischenbericht ist für die

Hälfte des Jahres angesetzt. Land soll es überprüfen. Ein Grundstücksverkauf musste für das Feuerwehrauto nicht erfolgen.

Auf Frage von Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss antwortet Bürgermeister Gerhard Hutter, dass das Budget beschlossen wurde und von der Landesregierung zur Kenntnis genommen wurde. Es gab keine Sonderausgaben. Gemeindevorstand Stefan Neubauer und Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss sagen „wir machen es anders“ aber nicht wie. Die Kommunalsteuer geht in Ordnung, im Energiebereich erhalten wir Gutschriften. Ich kann nicht sagen wie der Kassenkredit oder das Budget am 31.12.2024 aussieht.

Gemeindevorstand Stefan Neubauer führt aus, dass der Kassenkredit und die offenen Rechnungen 1,7 Millionen Euro betragen. Die Sozialversicherung der Mitarbeiter müssen bezahlt werden. „Wir müssen etwas tun“.

Bürgermeister Gerhard Hutter erwidert Gemeindevorstand Stefan Neubauer, dass bis jetzt alles bedient wurde. Was vorgebracht wird ist falsch. „Mache einen Vorschlag“. Darauf erwidert Gemeindevorstand Stefan Neubauer, dass Vorschläge schon eingebracht wurden, aber von den anderen Fraktionen ein anderer Weg gewählt wurde. Wir sind für Gespräche bereit.

Gemeindevorstand Herbert Hanzl stellt richtig, dass eine Einigung auf ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich war, weil bei einer Entlassung von Mitarbeitern (Bauhof und Kindergarten) die SPÖ nicht mittut.

Gemeinderat Wilhelm Rotschopf bringt vor, dass die Gemeinde einen Finanzplan benötige. Die Schulden häufen sich an. Wir sollten keinen Wahlkampf betreiben.

Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss wendet sich an Gemeindevorstand Herbert Hanzl und bringt vor, dass die ÖVP Vorschläge gemacht habe nicht nur Entlassungen. Wir brauchen kein Gemeindezentrum um 5 Millionen Euro. Dieses können wir uns nicht leisten.

Gemeinderat Mag. Christoph Gausch ersucht die Expertisen, welche die ÖVP hat, vorzulegen. Es sollte einmal ein konkreter Vorschlag gemacht werden. „Damit wir wissen worüber ihr sprecht. Ich bin bereit für eure Vorschläge“. Hinsichtlich des Prüfberichtes ist zusagen, dass angeführt wird falls der Kassenkredit nicht zurückbezahlt wird dieser zu einem Darlehen wird und eine zivilrechtliche Haftung die Gemeindeorgane trifft, die der Ausgabe zustimmen. Der Kassenkredit sollte Schritt für Schritt abgebaut werden.

Mag. Harald Seedoeh verweist darauf, dass 2023 der Kassenkredit fast auf null gestellt war.

Gemeinderat Wilhelm Rotschopf bringt vor, dass keine Schulden bezahlt wurden. Am Tag X werde ein minus beim Kassenkredit von 800.000, -- Euro vorliegen.

Bürgermeister Gerhard Hutter: Sehr viele Gelder wurden erst am Ende des Jahres (2023) überwiesen. Das Geld könnte auch im Jänner erst kommen. Dann steht Ende des Jahres minus 500.000 Euro. Ich kann es nicht garantieren, dass der Kassenkredit am Ende des Jahres auf null steht.

Zum Beispiel ist es nicht vorhersehbar, wenn eine Sonderpädagogin für ein Kind gebraucht wird.

Auch werden die Abgabenertragsanteile immer weniger.

Gemeinderat Mag. Christoph Gausch schlägt ein Zusammensetzen im Herbst vor um das Thema „Kassenkredit“ zu erörtern. Wir brauchen weitere Maßnahmen.

Bürgermeister Gerhard Hutter führt an, dass immer die LIBS genannt wird. Es gibt im Gemeinderat keine absolute Mehrheit. Wenn zwölf Gemeinderäte etwas sagen dann ist es so. Im Dezember ein Nullsummenspiel ist nicht möglich.

Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss bringt vor, dass die Gemeinde Bad Sauerbrunn ein Jahr lang die Fa. BDO im Haus hatte. Die ÖVP sagte, dass eine Einsparung von 400.000,-- Euro im Jahr zu wenig sei.

Beim Kassenkredit 2023 haben wir es geschafft, weil keine Forderungen bezahlt wurden.

Frau Gemeinderat Dr. Erika Spitzer Garner erklärt, dass wegen der Finanzsituation die Fa. BDO beigezogen wurde. Alle Fraktionen waren dabei. Es gibt einen guten Ansatz. Im Oktober wird es einen Vorschlag der ÖVP geben und alle Fraktionen werden zusammenkommen. „Wir, die Grünen, stehen dazu“.

Gemeindevorstand Stefan Neubauer äußert sich dahingehend, dass die Abgabenertragsanteile des von 2019 bis 2023 um 300.000, -- Euro gestiegen sind. Weil aber das Land (Burgenland) das Geld nicht weitergibt haben wir dadurch 30.000, -- Euro weniger. Im Burgenland kommt das Geld nicht bei den Gemeinden an.

Gemeindevorstand Herbert Hanzl erwidert, dass es ein Gemeindepaket gibt. Dieses wurde aber von der ÖVP abgelehnt. Bad Sauerbrunn hätte 430.000,-- Euro/jährlich und wertgesichert erhalten.

Gemeindevorstand Stefan Neubauer ist der Ansicht, dass die Millionen des Müllverbandes beim Verband besser aufgehoben sind.

Gemeindevorstand Herbert Hanzl hat kein Verständnis für die Aussage von Gemeindevorstand Stefan Neubauer „die Millionen wären besser beim Verband aufgehoben“.

Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss hinterfragt dieses System mit dem Argument, dass nach einigen Jahren die Müllgebühren erhöht werden müssen. „Niemand kann mir erklären, wie dieses Programm sonst funktionieren soll“.

Auf Frage des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat wünscht keine weitere Beratung

Der Bürgermeister stellt den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bericht der Aufsichtsbehörde Prüfbericht betreffend Kassenprüfung (März 2024) der Gemeinde Bad Sauerbrunn wird von den anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates Bad Sauerbrunn zur Kenntnis genommen.

Beschluss: Der vorstehende Antrag, welcher einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird einstimmig zum Beschluss erhoben. Die Abstimmung erfolgt mit einem Handzeichen.

4. Gemeindevoranschlag 2024 – Schreiben der Aufsichtsbehörde

Bürgermeister Gerhard Hutter : Das Schreiben der Aufsichtsbehörde betreffend Gemeindevoranschlag 2024 ist den Mitgliedern des Gemeinderates übermittelt worden.

Bericht Mag. Harald Seedoch

Auf Frage des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat wünscht keine weitere Beratung

Der Bürgermeister stellt den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Schreiben der Aufsichtsbehörde betreffend den Gemeindevoranschlag 2024 der Gemeinde Bad Sauerbrunn wird von den anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates Bad Sauerbrunn zur Kenntnis genommen.

Beschluss: Der vorstehende Antrag, welcher einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird einstimmig zum Beschluss erhoben. Die Abstimmung erfolgt mit einem Handzeichen.

5. Grenzberichtigungsvertrag – Grundstück 7202 Bad Sauerbrunn, Schulstraße 1 zu Nachbargrundstück, 7202 Bad Sauerbrunn, Schulstraße 3

Bürgermeister Gerhard Hutter ersucht Mag. Harald Seedoch um Berichterstattung

Bericht Mag. Harald Seedoch über den Grenzberichtigungsvertrag

Den anwesenden Mitgliedern des Gemeinderat Bad Sauerbrunn wird der Vertrag und der Vermessungsplan der Vermessungskanzlei DI. Jobst zur Kenntnis gebracht.

Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss bringt vor, dass dieses Vorgehen systemisch sei, man sollte diese Vermessung schon beim Kauf durchführen.

Gemeindevorstand Ing. Gerhard Keiblinger erwidert, dass ein Grundstück nach den Grundbuchsdaten gekauft wird. Es liegt hier ein ganz normaler Vorgang vor.

Auf Frage des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat wünscht keine weitere Beratung

Der Bürgermeister stellt den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Grenzberichtigungsvertrag der Grundstücke Nr. 591/ und 592/1, KG Sauerbrunn, Eigentümer: Gemeinde Bad Sauerbrunn und der Grundstücke Nr. 591/2 und 592/2, KG Sauerbrunn, Eigentümer: Ivica Baric und Vesna Baric, wird genehmigt.

Beschluss: Der vorstehende Antrag, welcher einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird einstimmig zum Beschluss erhoben. Die Abstimmung erfolgt mit einem Handzeichen.

6. Zubau Mittelschule Neudörfel – Schulerhaltungsbeitrag

Bürgermeister Gerhard Hutter berichtet:

Auf Grund von Platzmangel muss die Gemeinde Neudörfel, das Gebäude der Mittelschule vergrößern. Also einen Zubau errichten. Derzeit zahlen wir einen Pauschalbetrag für den Neubau der Mittelschule im Ausmaß von 68.986,20 Euro/Jahr. Die damaligen Kosten betragen 9.150.000,-- Euro. Diese Summe ist mit 17 Schüler festgelegt.

Dasselbe gilt auch für den Zubau. Die geschätzten Kosten für den Zubau betragen 1,8 Millionen Euro. Hier sind zusätzliche Kosten von 13.624,82 Euro/Jahr zu bezahlen – für ebenfalls 17 Schüler, ab dem Jahr 2026.

Der Vollständigkeit halber wird angeführt, dass wir für das Schuljahr 2024/2025 24 (vierundzwanzig) Schüler in Neudörfel eingeschrieben sind.

Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss empfiehlt, dass diese Summe in den Mittelfristigen Finanzplan eingearbeitet wird.

Auf Frage des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat wünscht keine weitere Beratung

Der Bürgermeister stellt den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Schulerhaltungsbeitrag im Ausmaß von 13.624,82 Euro für den Zubau Mittelschule Neudörfel wird vom Gemeinderat Bad Sauerbrunn zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Beschluss: Der vorstehende Antrag, welcher einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird einstimmig zum Beschluss erhoben. Die Abstimmung erfolgt mit einem Handzeichen.

7. Antrag der Gemeinderatspartei Die Grünen gemäß § 38 Abs 4 Burgenländische Gemeindeordnung 2003 –

Redimensionierung der Asfinag Ausbaupläne für die S4, Abschnitt Knoten Mattersburg-Anschlussstelle Wr. Neustadt

Bürgermeister Gerhard Hutter ersucht Frau Gemeinderat Dr. Erika Spitzer-Garner um Berichterstattung

Frau Gemeinderat Dr. Erika Spitzer-Garner berichtet darüber, dass ein Umweltverträglichkeitsprüfung abgelehnt wurde (bis in die höchste Instanz). Die Ministerin Gewessler hat eine Höchstgeschwindigkeit mit 100 km/h festgelegt. Das Projekt ist an sich durch. Die Anordnung der Ministerin an die ASFINAG hinsichtlich der Sicherheit wurde durch die jetzige Mitteltrennung auch umgesetzt.

Der Jetztzustand sollte mit hinzufügen von zwei Pannestreifen so belassen werden.

Der geplante Ausbau stellt einen hochrangigen Ausbau dar und soll eine Ost – Westverbindung schaffen.

Der heutige Beschluss ist eine Willenserklärung mit dem sich die Gemeinde positionieren soll.

Bei einer Summe von 220 Millionen Baukosten für den Ausbau erschließt sich die Möglichkeit auf dieser Straße 130 km/h zu fahren.

Gemeinderat Mag. Christoph Gausch erklärt, dass er die Arbeit des verstorbenen Herrn Klawatsch mitverfolgt hat. Laut Aussage der ASFINAG wird eine Lärmschutzwand nur in dem Ausmaß errichtet, wie es für die Maximalgeschwindigkeit vorgeschrieben ist. Eine erhöhte Lärmschutzwand erhöht natürlich die Kosten. Man muss daher beim Land rechtzeitig hinsichtlich einer Finanzierung einer optimierten Lärmschutzwand nachfragen. Dies muss aber rechtzeitig erfolgen. Herr Bürgermeister soll sich darum kümmern.

Frau Gemeinderat Karin Walk wendet sich an Frau Gemeinderat Dr. Erika Spitzer-Garner Aus diesem Gespräch ergibt sich, dass eine Messstation notwendig sei um 100 km/h zu begründen.

Herr VB Sascha Jakowitsch erklärt, dass bereits ein Jahr lang gemessen wurde.

Gemeinderat Otmar Florian stellt fest, dass für einen Vollausbau für 130 km/h eben eine Lärmschutzwand für 130 km/h vorgesehen ist.

Gemeindevorstand Stefan Neubauer bringt vor, dass es Pläne für einen Ausbau nach Ungarn gebe und mit der SPÖ Burgenland es immer einen Ausbau geben werde.

Es gehört der LKW - Verkehr eingeschränkt. Die LKW – Firmen selbst sind mir egal. Alle 21 Gemeinderäte müssten sich für diesen Tagesordnungspunkt einsetzen.

Vizebürgermeister Ing. August Gruber vertritt die Ansicht, dass bei einem Umweg ein LKW mindestens 20 Liter mehr Verbrauch habe.

Frau Gemeinderat Mag. Daniela Krammer erläutert, dass bei einen Ausbau auf 130 km/h die Straße höherwertig sei und dies zu einen vermehrten Verkehr führt.

Außerdem wird die Bodenversiegelung erhöht. Es werden 35 Fußballfelder verbaut. Die Gemeinde Bad Sauerbrunn soll sich dafür aussprechen, dass diese Verkehrsplanung geändert wird.

Gemeinderat Mag. Christoph Gausch merkt an, dass eine Straße mit jener Maximalgeschwindigkeit befahren werden können muss, für die sie auch baulich ausgelegt worden ist – Zumindest wurde dies bei einem Treffen der Bürgerinitiative vorgebracht.

Gemeindevorstand Ing. Gerhard Keiblinger erwidert, dass es Autobahnen gibt die für 160 km/h gebaut sind. Trotzdem darf nur 130 km/h gefahren werden.

Frau Gemeinderat Dr. Erika Spitzer-Garner äußert sich dahingehend, dass man sich mit der Tatsache abfinden müsse, dass bei dem geplanten Ausbau mit 130 km/h gefahren werden kann.

Bürgermeister Gerhard Hutter bringt vor, dass die Gemeinde Bad Sauerbrunn bei allen Einsprüchen gegen diesen Ausbau dabei war. Wir haben verloren und verloren. Ein UVP-Verfahren wurde abgelehnt. Natürlich können wir ein Lippenbekenntnis machen. Es war immer das höchste Anliegen den besten Lärmschutz zu erreichen. Die ASFINAG kann aus rechtlichen Gründen nur einen Lärmschutz für 130 km/h errichten wen auch die Möglichkeit besteht 130 km/h zu fahren.

Es gibt aber einen Schulterchluss bei allen Gemeinden (entlang der S4), dass es bei 100 km/h bleibt.

Die Lärmschutzwand kann natürlich erweitert werden, was natürlich auch zusätzliches Geld kostet.

Für einen Lufthunderter gibt es im Burgenland keine Grundlage.

Gemeinderat Mst. Willhelm Rotschopf erklärt, dass sich die Gemeinde Pörschach gewehrt hätte und auch Recht bekommen hat. Die Grünen sollten sich dafür einsetzen.

Gemeindevorstand Stefan Neubauer: Wir wollen nicht, dass mehr als 100 km/h gefahren werden darf und wir wollen keinen Ausbau auf 130 km/h. Es darf nicht die Möglichkeit geschaffen werden, dass 130 km/h gefahren werden darf.

Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss führt an, dass sie selbst für die Einsprüche bezahlt hätte. Frau Gemeinderat Dr. Erika Spitzer-Garner hat sich bemüht, dass auch die Gemeinde mitmacht. Es ist eine politische Entscheidung und es geht um den Kurort. Man sollte sich beim Bund über das Land dafür einsetzen.

Gemeindevorstand Herbert Hanzl äußert sich dahingehend, dass er den Vorschlag der Bürgerinitiative als in Ordnung empfindet.

Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss erwartet, dass jeder Gemeinderat für den Antrag stimmt.

Bürgermeister Gerhard Hutter klärt auf, dass er der einzige (im Gemeinderat) sei der bei den Unfällen die passiert sind dabei war. Auch jetzt gab es Unfälle trotz der Mitteltrennung. Ein Sicherheitsausbau ist notwendig. Bei Errichtung von 2 Pannestreifen braucht man nur mehr die zusätzliche Breite einer Fahrbahn.

Frau Gemeinderat Mag. Daniela Krammer erwidert, dass auch bei einem Vollausbau Unfälle passieren werden.

Gemeinderat Mag. Christoph Gausch: Bei einem Ausbau mit 2 zu 1 Fahrspuren und Pannestreifen kann nicht 130 km/h gefahren werden.

Frau Gemeinderat Etzelstorfer erklärt, sie habe selbst einen Unfall erlitten. Der Sicherheitsausbau ist wichtig, weil man muss auch ausweichen können.

Auf Frage des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat wünscht keine weitere Beratung

Frau Gemeinderat Dr. Erika Spitzer-Garner stellt den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen:

Da der Österreichische Verwaltungsgerichtshofes abgelehnt hat, das ASFINAG-Projekt „S4, Sicherheitsausbau Knoten Mattersburg - Anschlussstelle Wr. Neustadt“ einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen, kommt es zu keiner Neubewertung des Projektes, welches auf der Trassenverordnung von 1975 basiert.

Dadurch finden die von der Gemeinde Bad Sauerbrunn in einer Stellungnahme an das Bundesverwaltungsgericht eingebrachten Argumente und Bedenken hinsichtlich einer zusätzlichen Belastung der Ortsbevölkerung durch z.B. Lärm, Emissionen, Feinstaub, Mikroplastikabrieb keine weitere Berücksichtigung.

1. Der Gemeinderat lehnt daher den von der ASFINAG vorgelegten S4 Sicherheitsausbau ab. Er ist für die Erreichung der Sicherheitsziele in diesem Ausmaß nicht erforderlich, und sowohl finanziell als auch umwelttechnisch nicht mehr zeitgemäß. Der vorgelegte Ausbau entspricht einem Vollausbau auf Autobahnquerschnitt mit einer Ausführung für Tempo 130 km/h und ist in Zeiten des Klimawandels keine zweckgemäße Verwendung von Steuer- und Mauteinnahmen.

2. Im Nov./Dez. 2023 wurde auf Anordnung des Bundesministeriums eine Sicherheitsadaptierung der S4 mit einer stabilen Mitteltrennung und einer Spurvariante 2+1 bei Tempolimit 100 km/h durch die ASFINAG umgesetzt. Der Gemeinderat von Bad Sauerbrunn fordert die Beibehaltung dieser Variante sowie die Errichtung eines beidseitigen Pannestreifens. Weiters wird ein verbesserter und ergänzender Ausbau des Lärmschutzes (verglichen mit Ist-Situation und den vorgelegten Ausbauplänen) gefordert.

3. Der Anschluss der A3 (Verlängerung von Wulkaprodersdorf bis zur Grenze Klingenbach) an die fertig gestellte ungarische M85 (Sopron-Győr) ermöglicht eine zusätzliche, hochrangige Ost-West Transitverkehrsroute, welche Bad Sauerbrunn schwer belasten wird. Deshalb fordert der Gemeinderat Einbeziehung und Mitsprache auf Landesebene bei der Planung/Entwicklung des "Lückenschlussausbaues" bis Klingenbach.

Beschluss: Der vorstehende Antrag, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird mit 12 zu 9 Gegenstimmen zum Beschluss erhoben. Die

Gemeinderäte Gerhard Hutter, Ing. Gerhard Keiblinger, Ing. August Gruber, Frau Betina Balla, Frau Monika Payer, Johannes Diebler, Otmar Florian, Joakim Schweiger-Ortiz und Frau Delan Hutter stimmen gegen den Antrag. Die Abstimmung erfolgt mit einem Handzeichen.

8. Antrag der Gemeinderatspartei MFG-Ortsgruppe Bad Sauerbrunn gemäß § 38 Abs 4 Burgenländische Gemeindeordnung 2003 – Sicherheitsausbau der S4 durch die Asfinag

Bürgermeister Gerhard Hutter ersucht Gemeinderat Mst. Willhelm Rotschopf um Berichterstattung

Bericht Gemeinderat Mst. Willhelm Rotschopf:

Von den Grünen war die Vorgehensweise unsauber habe von ihrem Antrag nichts gewusst. Wollte den Antrag eigentlich gemeinsam einbringen. Dies ist von den Grünen ein politisches Kalkül und nicht in Ordnung.

Frau Gemeinderat Mag. Daniela Krammer erklärt, dass diese Petition von der Bürgerinitiative gekommen ist und die Grünen wurden ersucht diese Petition in den Gemeinderat einzubringen. Es gab zwar die Überlegung eines gemeinsamen Antrages. Aber die Petition wurde auch von 200 Menschen unterschrieben, daher wurde sie auch eingebracht. Es liegt kein politisches Kalkül vor.

Gemeindevorstand Herbert Hanzl kritisiert, dass im Antrag auch der Ausbau der Bahn mit zusätzlichen Emissionen erwähnt wird. Hiezu ist zu sagen, dass die Frequenz der Reisezüge sehr hoch ist, sodass nicht sehr viel Güterverkehr möglich ist. Die Luftqualität kann nur besser werden, weil durch den Ausbau die Züge elektrisch fahren.

Bürgermeister Gerhard Hutter erklärt, dass betreffend den genannten Formaldehydausstoß schon vor Wochen Einspruch eingelegt wurde.

Auf Frage des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat wünscht keine weitere Beratung

Gemeinderat Mst. Willhelm Rotschopf stellt den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen:

1)Die Gemeinde Bad Sauerbrunn sollte ein Mitspracherecht bzgl. der Planung/Entwicklung des „Lückenschlussbaues“ bis Klingenbach einfordern, weil der Anschluss der A3 (Verlängerung von Wulkaprodersdorf bis zur Grenze Klingenbach)an die fertig gestellte ungarische M85 (Sopron – Győr) eine zusätzliche Ost-West Verkehrsrouten ermöglicht, welche Bad Sauerbrunn schwer belasten wird.

2)Die von der ASFINAG vorgelegte Variante des vollständigen S4 Sicherheitsausbau in der vorgelegten Form ist strikt abzulehnen.

3)Sich im Sinne einer sicheren und zeitgemäßen Straßenplanung, in Hinblick auf die Umwelt und betroffenen Einwohner, die Schnellstraße inkl.Sicherheitsausbaues mit

Pannestreifen auf ein Tempolimit von 100 km/h zu beschränken und die derzeitige Spurenregelung 1 zu 2 in Fahrtrichtung beizubehalten.

4) Vom Betreiber der Straßengebarung von Schnellstraßen und Autobahnen – ASFINAG – eine Prognose der Verkehrsentwicklung mit dem zu erwartenden und steigenden Emissionen und Lärmentwicklung, bei dem derzeitigen Durchführungsplan der S4 einzufordern.

Beschluss: Der vorstehende Antrag, welcher einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird mit 9 zu 12 Gegenstimmen abgelehnt. Die Gemeinderäte Gerhard Hutter, Ing. Gerhard Keiblinger, Ing. August Gruber, Frau Betina Balla, Frau Monika Payer, Johannes Diebler, Herbert Hanzl, Manuela Etzelstorfer, Otmar Florian, Joakim Schweiger-Ortiz, Florian Schöntag und Frau Delan Hutter stimmen gegen den Antrag. Die Abstimmung erfolgt mit einem Handzeichen.

9. Allfälliges

1. Gemeinderat Mst. Willhelm Rotschopf bringt vor, dass die Haydngasse, Zehentstraße und Augasse sich in einen schlechten Zustand befinden. Bezüglich der Zehentstraße sollte mit der Gemeinde Pöttsching Kontakt aufgenommen werden. In der Augasse ist das Einlaufgitter kaputt.
Auf Frage von Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss antwortet Bürgermeister Gerhard Hutter, dass es keinen Vertrag mit der OSG gäbe die Haydngasse zu sanieren und stellt die Frage wie die Gemeinde diese Sanierungen finanzieren soll. Die Straßen wurden von den Firmen geschlossen. Die Straßen werden permanent kontrolliert.
Gemeinderat Willhelm Rotschopf : Die Löcher müssen geschlossen werden.
2. Frau Gemeinderat Dr. Erika Spitzer-Garner informiert, dass KLAR genehmigt wurde. Das Fest mit Spalt war toll – Danke.
3. Gemeinderat Mag. Christoph Gausch bringt mit Verweis auf den Prüfbericht vor, dass die Vorlage des Budgets der Bad Sauerbrunner Kommunal GmbH und der Mittelfristige Finanzplan (MFP) fehlen. Der MFP hätte eigentlich von der Fa. BDO gemacht werden sollen.
Bürgermeister Gerhard Hutter erklärt, dass der MFP erstellt wird und an das Land (Burgenland) gesendet wird. Hinsichtlich der GmbH haben wir eine Schnittstelle mit zwei Steuerberater welche sich nicht sehr gut verstehen. Mit der Bilanz 2023 sollte das Budget erstellt werden. Es soll ein sauberer Schlussstrich unter 2023 gezogen werden. Die GmbH wurde aus steuerlichen Gründen geschaffen. Schulden werden getilgt und abgebaut.
4. Gemeinderat Mst. Willhelm Rotschopf verweist auf einen Zeitungsartikel wegen der Hotterbereinigung und fordert auf dieses Kasperltheater zu unterlassen. Es sollte eine anonyme Abstimmung darüber erfolgen.
Bürgermeister Gerhard Hutter: Die Hotterbereinigung ist seit Jahrzehnten ein Thema. Betroffene haben diese Umfrage gemacht. Das Meinungsbild ist abgefragt worden. Es wurde von keiner Partei initiiert. Hauptwohnsitze und Nebenwohnsitze wurde miteinbezogen. Es haben 760 Personen unterschrieben 680 mit „JA“ und 90 mit „NEIN“ und dies mit Unterschriften und Adressen.
Gemeinderat Mst. Willhelm Rotschopf: Die Leute fühlten sich unter Druck gesetzt.

Bürgermeister Gerhard Hutter: Es ist eine Willensbekundung.

5. Frau Gemeinderat Mag. Rita Heiss wird im Rahmen des Fragerechts Fragen an den Bürgermeister senden.
6. Bürgermeister Gerhard Hutter verweist auf das Public Viewing, Rosenfest und Rock n Roll und dankt allen für die Bewirtung unserer Gäste aus Spalt.

Vom Gemeinderat werden keine weiteren Angelegenheiten mehr beraten.

Bürgermeister Gerhard Hutter bedankt sich bei den Gemeinderäten für ihr Erscheinen und schließt die Sitzung um 21 Uhr 40

Ende: 21 Uhr 40

Bürgermeister:

Beglaubiger:

Schriftführer: